

Kein Diplom, kein Job, kein Geld

Eckdaten des Armutsberichts

Der neue Armutsbericht der Bundesregierung enthält viel Sprengstoff – aber auch positive Botschaften. Die Zahlen liefern Munition für ein Feuerwerk an Ideen für neue und verbesserte Sozialleistungen.

Von Armin Käfer, Berlin

Wer ist arm in Deutschland, und wer ist reich? Das lässt sich nicht mit einem Satz beschreiben. Es gibt dafür auch kein absolutes Maß. Die Definition ist kompliziert – und relativ. Der dritte regierungsamtliche „Armuts- und Reichtumsbericht“, aus dem Sozialminister Olaf Scholz (SPD) gestern „Eckdaten und Kernaussagen“ veröffentlicht hat, orientiert sich an Standards der Europäischen Union sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OSZE). Demnach beginnt das Armutsrisiko bei Einkünften, die höchstens 60 Prozent des sogenannten mittleren Nettoäquivalenzeinkommens betragen. Darunter versteht man das Nettoeinkommen einer Person, die genau in der Mitte stünde, wenn die gesamte Bevölkerung sich gestaffelt nach ihrem Einkommen in einer langen Reihe aufstellen würde. Diese Größe ist nicht mit dem Durchschnittseinkommen zu verwechseln. Bei Haushalten mit mehreren Personen wird das gesamte Haushaltseinkommen nicht etwa durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, sondern durch einen Faktor, der etwa Kinder anders berücksichtigt als Erwachsene. Nach dieser Definition beginnt das Armutsrisiko für Alleinstehende bei 781 Euro netto im Monat. Als reich gelten Singles, die



Jedes siebte Kind lebt unterhalb der Armutsgrenze, in Berlin ist es sogar jedes vierte Kind – im Bild ein Schulfeldchen, das in einem Projekt in Berlin-Hellersdorf betreut wird.

Foto dpa

mehr als 3418 Euro netto verdienen, oder vierköpfige Familien ab 7178 Euro monatlichem Neottoeinkommen. Das entspricht dem doppelten mittleren Einkommen. Je nachdem, ob nur das Einkommen oder auch das Vermögen berücksichtigt wird, rechnet man gut sechs bis knapp neun Prozent zu den reichen Deutschen. 26 Prozent der Bevölkerung wären hingegen von Armut bedroht, wenn es keine Sozialleistungen gäbe. Dank staatlicher Hilfen verringert sich das Armutsrisiko auf fast die Hälfte: jeder achte Mensch in Deutschland lebt trotz Sozialstaat unter prekären Verhältnissen.

Davon sind besonders Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Leute ohne berufliche Qualifikation betroffen. Immerhin 15 Prozent der 35-Jährigen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Fast jede zweite Frau,

die ihre Kinder allein erzieht, ist von Armut bedroht. Kinder sind jedoch nicht automatisch ein Armutsrisiko. Die Armutsquote unter Familien sinkt auf acht Prozent, wenn wenigstens ein Elternteil einen Vollzeitjob

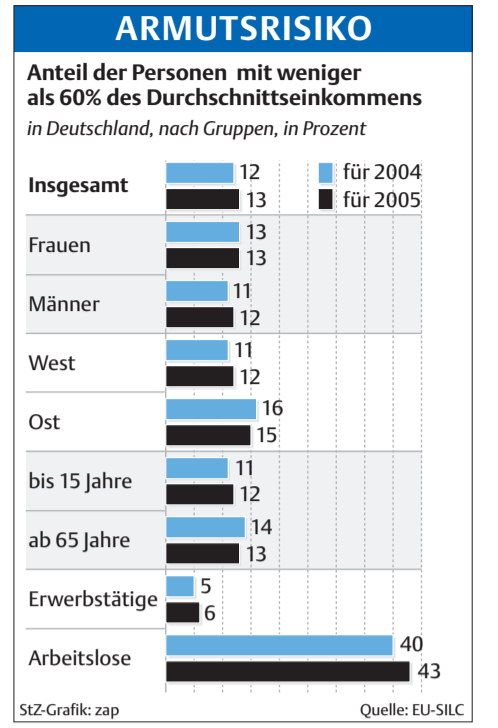
Die Koalition muss aufhören zu lamentieren und endlich handeln.

Fritz Kuhn, einer der beiden Fraktionschefs der Grünen im Bundestag

hat. Wenn mehrere Familienmitglieder arbeiten, liegt sie bei vier Prozent.

Arbeit schützt jedoch nicht vor Armut. Die verschärfte Inflation lässt die Bruttolöhne schrumpfen: In den Jahren 2002 bis

2005 sanken sie um 4,7 Prozent auf durchschnittlich 23 684 Euro. Laut Scholz ist dies „auch das Resultat von betrieblichen und tariflichen Vereinbarungen sowie der stark sinkenden Tarifbindung in Deutschland“. Mehr als ein Drittel der Beschäftigten müsse inzwischen mit Niedriglöhnen auskommen. Die Ungleichverteilung der Einkommen habe weiter zugenommen. Die obersten zehn Prozent in der Einkommenspyramide kassierten einen wachsenden Anteil am Gesamteinkommen. Der Anteil der Mittelschicht stagniere, die untere Hälfte lebe von einem schrumpfenden Anteil. Andererseits tragen zehn Prozent der Steuerpflichtigen mehr als die Hälfte des Einkommensteueraufkommens. Die unteren 50 Prozent in der Verdiensthierarchie zahlen nur sechs Prozent der Steuern. Die Zahl der Erwerbstätigen (mehr als 40 Millionen



Quelle: EU-SILC

im Februar 2008) ist auf Rekordniveau geklettert. Aber nur 27 Millionen haben einen sozialversicherungspflichtigen Job – weniger als vor zehn Jahren. Die Erwerbstätigenquote ist bei Personen ohne Berufsausbildung (53,5 Prozent) deutlich geringer als bei Hochschulabsolventen (85 Prozent). Gleiche Chancen für alle? Im deutschen Bildungssystem herrschen offenbar andere Gesetze. Zwar wächst die Zahl der Hochschulabsolventen (binnen zehn Jahren von 10,3 auf 12,6 Prozent). Allerdings sind die Aufstiegschancen ungleich verteilt. Während 83 Prozent der Akademikerkinder ebenfalls studieren, finden nur 23 Prozent der Kinder von Leuten ohne Hochschuldiplom den Weg an die Uni. „Zwischen dem Bildungserfolg der Eltern und der Kinder besteht ein unmittelbarer Zusammenhang“, heißt es im Armutsbericht.

Mainz verbietet Pokerveranstaltungen

MAINZ (AP). Als erstes Bundesland hat Rheinland-Pfalz alle öffentlichen Pokerveranstaltungen grundsätzlich untersagt. Wie Innenminister Karl-Peter Bruch (SPD) in Mainz erklärte, gilt das Verbot für alle Pokerspiele in Kneipen oder Spielhallen, bei denen ein Entgelt für die Teilnahme notwendig ist. Verboten sind auch Pokerspiele im Internet, soweit der Internetprovider des Veranstalters seinen Sitz in Rheinland-Pfalz hat.

„Pokerspielen boomt“, sagte Bruch: „Zu dem Kreis der Pokerbegeisterten gehören immer mehr auch Jugendliche und Heranwachsende.“ Es bestehe die Gefahr, dass Minderjährige über das Pokerspiel in die Spielsucht abglitten. Der Stopp von Pokerveranstaltungen solle zudem einer unkontrollierten Entwicklung des Glücksspielmarktes vorbeugen. Rheinland-Pfalz habe mit dem Verbot die Konsequenz aus dem zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Glücksspiel-Staatsvertrag gezogen. Dieser Staatsvertrag räumt der Vorbeugung von Spielsucht einen hohen Stellenwert ein. Ausgenommen von dem Verbot sind die konzessionierten Spielbanken.

Kurnaz scheidet mit Beschwerde

Neues Verfahren wegen angeblicher Misshandlung des Guantánamo-Häftlings abgelehnt

STUTTGART. Die Ermittlungen gegen Soldaten, die den Guantánamo-Häftling Kurnaz misshandelt haben sollen, werden nicht wieder aufgenommen. Die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart wies eine Beschwerde Kurnaz' ab.

Von Eckhard Stengel

Weil weiterhin Aussage gegen Aussage steht, bleibt das Ermittlungsverfahren gegen zwei Soldaten des Bundeswehr-Spezialkommandos KSK eingestellt. Eine Beschwerde des Bremer Türken Murat Kurnaz gegen die Niederschlagung seiner Anzeige wurde jetzt von der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart als unbegründet zurückgewiesen. Kurnaz' Anwalt prüft nun weitere rechtliche Schritte. Der strenggläubige Muslim, der inzwischen 26 Jahre alt ist, war 2001 bei einer Buskontrolle in Pakistan festgenommen worden. Er wurde zunächst im afghanischen Kandahar

und dann fast fünf Jahre lang ohne Anklage im US-Lager Guantánamo Bay festgehalten. Im US-Stützpunkt Kandahar will er 2002 von zwei deutschen KSK-Wachsoldaten misshandelt worden sein. Einer der beiden habe ihn an den Haaren gezogen und seinen Kopf auf den Boden geschlagen. Einer der beiden habe ihn in die Rippen getreten, sagte Kurnaz nach seiner Freilassung 2006.

Die zwei Beschuldigten bestritten aber die Vorwürfe. Deshalb stellte die Tübinger Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt ein. Die Generalstaatsanwaltschaft bestätigte jetzt diese Entscheidung – „zwar nicht wegen erwiesener Unschuld, aber wegen Fehlens des für eine Anklageerhebung notwendigen hinreichenden Tatverdachts“, wie ein Justizsprecher am Montag mitteilte.

Die Beschwerdeinstanz geht zwar davon aus, dass Kurnaz „subjektiv erlebte, also nicht frei erfundene Vorgänge berichtet hat“, jedoch könnten „wesentliche Ungereimthei-

ten und Unklarheiten nicht ausgeräumt“ werden. Deshalb bestünden „durchgreifende Zweifel an der Verlässlichkeit der Erinnerung des Beschwerdeführers“. So habe er bei einer Lichtbildvorlage einen der beiden Beschuldigten überhaupt nicht und den anderen nicht sicher identifiziert. Außerdem sei noch immer nicht erwiesen, dass zur Tatzeit im Lager wirklich ein Fäkalienlastwagen stand, hinter dem Kurnaz angeblich misshandelt wurde. Da weiterhin Aussage gegen Aussage stehe, sei eine sichere Überführung der Beschuldigten nicht möglich, so die Generalstaatsanwaltschaft.

Kurnaz' Anwalt Bernhard Docke sagte auf Anfrage, er prüfe, ob er ein Klageerzwingungsverfahren einleite. Dabei würde statt der Staatsanwälte ein Oberlandesgericht entscheiden, ob doch Anklage erhoben wird. Nach Dockes Angaben sagt Kurnaz heute per Videokonferenz vor einem Unterausschuss des US-Kongresses aus, der sich mit der Zukunft des Lagers Guantánamo befasst.

Kassenärzte fordern 4,5 Milliarden mehr

ULM/STUTTGART (tuf). Die Kassenärzte fordern 4,5 Milliarden Euro mehr für die ambulante Versorgung. „Wir brauchen einen Ausgleich der jahrelangen Unterfinanzierung“, sagte der Vorsitzende der Kassenzentralen Bundesvereinigung, Andreas Köhler, in Ulm. Andernfalls drohe „eine Protest- und Ausstiegswelle ungeheuerlichen Ausmaßes“. Die Mittel sind laut Köhler nötig, „damit den Ärzten in Bayern und Baden-Württemberg nichts weggenommen wird.“ Dem widersprach die Bundesgesundheitsministerin. Durch die Honorarreform würden die Kassenärzte unterschiedlich an Erhöhungen teilhaben, es werde aber niemand weniger haben.

In Baden-Württemberg haben sich die Landtagsfraktionen von SPD, Grünen und FDP der Kampagne der Kassenzentralen „Gesundheitsfonds – so nicht“ angeschlossen. Die drei Fraktionsvorsitzenden unterstützen damit die Unterschriftenaktion in Arztpraxen. Das Ziel der Kampagne ist, gegen den drohenden Abfluss von Geldern zu protestieren.

Fehl Diagnosen unter Zeitdruck Seite 10

Das Aussterben der Arten kommt die Welt teuer zu stehen

Umweltpolitiker fordern einen besseren Schutz der Wälder und der Meere – „Wir können es uns nicht leisten zu scheitern“

Zum Auftakt der UN-Konferenz zum Artenschutz in Bonn haben Politiker und Umweltverbände eindringlich vor einem weiteren Schwund der Tier- und Pflanzenvielfalt gewarnt. Dadurch entstünden der Weltgemeinschaft Kosten von jährlich zwei Billionen Euro.

Von Wolfgang Koch und Alexander Mäder

Die Schutzgebiete der Erde erbringen der Menschheit nach Schätzungen der Vereinten Nationen einen jährlichen Nutzen von 3,2 Billionen Euro. Der Umsatz der gesamten Autoindustrie liege hingegen bei 1,2 Billionen Euro, sagte Ahmed Djoghlaft gestern in Bonn. Mit diesen Zahlen verdeutlichte der Sekretär der UN-Konvention über die biologische Vielfalt, wie wichtig der Schutz des Artenreichtums der Erde sei. „Wir können es uns nicht leisten zu scheitern“, sagte Djoghlaft. Zurzeit gibt es weltweit rund 100 000 Schutzgebiete, die rund zwölf Prozent der Landfläche einnehmen.

Die Zahlen gehen auf eine Studie des Ökonomen Pavan Sukhdev von der Deutschen Bank zurück, die derzeit im Auftrag der EU und des Bundesumweltministeriums erstellt wird. Kommende Woche sollen die ersten Ergebnisse auf der Artenschutztagung in Bonn vorgestellt werden. Medienberichten

zufolge wird darin auch der Verlust durch den Rückgang der Biodiversität mit sechs Prozent des globalen jährlichen Bruttoerzeugnisses angegeben. Das sind zwei Billionen Euro. Darin enthalten ist beispielsweise die Bestäubung von Pflanzen durch Bienen und die Filterung von Regenwasser im Waldboden. Um den Wert der Leistungen zu bestimmen, fragen Ökonomen etwa, wie groß die Ernteauffälle ohne Bienen wären und wie teuer es die Gesellschaft zu stehen käme, das Regenwasser in einer Kläranlage aufzubereiten. 150 Milliarden Euro soll zudem die genetische Vielfalt der pharmazeutischen Industrie wert sein.

Der Ökonom Stefan Baumgärtner von der Universität Lüneburg hält die genannten Werte für plausibel. Die Studie, an der er beratend mitgewirkt hat, werde voraussichtlich zeigen, dass der Artenschutz billiger sei, als nichts zu tun. Die Methoden, um den Wert der Biodiversität zu ermitteln, seien zwar nicht unumstritten, sagt Baumgärtner. Schließlich müssten sehr viele unterschiedliche Leistungen berücksichtigt werden. „Aber es ist klar, dass enorme wirtschaftliche Werte verloren gehen“, sagt der Ökonom.

Nach Ansicht von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) muss in den kommenden zwei Wochen hart verhandelt werden, um zu substanziellen Fortschritten zu kommen. In Bonn stehe die UN-Konvention am



Löffelente und Kleine Hufeisennase – Demonstration in Bonn für den Artenschutz. Foto ddp

Scheideweg, sagte er. Er bedauert, dass es in den 16 Jahren seit dem Beschluss der Konvention zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt noch keine wesentlichen Fortschritte gegeben habe. Die Bonner Konferenz soll unter anderem einen Rahmenplan beschließen, mit dessen Hilfe bei der nächsten Konferenz in zwei Jahren in Nagoya völkerrechtlich verbindliche Regeln für eine gerechte und nachhaltige Nutzung von Pflanzen und Tieren sowie eine faire Verteilung des Nutzens beschlossen werden können.

Fortschritte erhofft sich Gabriel auch beim Schutz der Wälder und der Meere. Für

viele Menschen gehe es dabei ums blanke Überleben, sagt der Minister. Wenn man so weitermache wie bisher, werde es im Jahr 2050 keine kommerzielle Fischerei mehr geben, warnte der Minister. Damit verlöre eine Milliarde Menschen ihre einzige Proteinquelle. „Wir reden hier also auch über Armutsbekämpfung“, so Gabriel.

140 nichtstaatliche Organisationen haben gestern zehn Forderungen an die Bonner Konferenz gestellt. Darin wird unter anderem verlangt, die fortschreitende Rodung der Urwälder bis zum Jahr 2015 zu beenden. Zudem müssten Biokraftstoffe verboten werden, weil sie mit Nahrungsmitteln um Land und Wasser konkurrieren und zur Vernichtung von wichtigen Ökosystemen beitragen. 30 Milliarden Euro seien nötig, um die biologische Vielfalt zu schützen und den Schwund der Arten zu stoppen, sagte ein Sprecher von Greenpeace. Die Mittel sollen die Industrieländer aufbringen. Er forderte die Bundesregierung auf, dazu einen Beitrag von zwei Milliarden Euro pro Jahr zu leisten.

Minister Gabriel nannte diese Größenordnung utopisch. Er stellte aber zusätzliche finanzielle Hilfen in Aussicht. Zurzeit gebe Deutschland 210 Millionen Euro pro Jahr für den Schutz der Wälder aus, teilte er mit. Dieser Betrag solle in den nächsten Jahren erhöht werden. Darüber werde gerade innerhalb der Bundesregierung verhandelt.

Finanzflaute an Hessens Universitäten

FRANKFURT/Main (AP). Die finanziellen Hoffnungen der Hochschulen mit der Einführung von Studiengebühren haben sich zumindest in Hessen nicht erfüllt. Die dortigen Hochschulen nehmen mit den umstrittenen Gebühren deutlich weniger Geld ein als von der Landesregierung erwartet, wie nun bekannt wurde. Das Finanzministerium teilte gestern mit, dass für das Wintersemester 2007/08 und das laufende Sommersemester lediglich noch mit Einnahmen von rund 90,1 Millionen Euro statt der zuletzt erwarteten 104 Millionen Euro zu rechnen sei.

Damit muss die CDU-Regierung erneut die eigenen Erwartungen nach unten korrigieren. Bei der Ankündigung der Einführung der Gebühren vor zwei Jahren war noch von Einnahmen bis zu 140 Millionen Euro die Rede gewesen. Bei der Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes im Oktober 2006 ging es dann immerhin noch um 120 bis 130 Millionen Euro. Bis vor wenigen Wochen war die Landesregierung noch von 104 Millionen Euro pro Jahr ausgegangen. Ein Grund ist, dass zahlreiche Studenten derzeit der Gebührenpflicht entgehen, indem sie sich für ein Urlaubssemester entscheiden.

Dresdens früherer OB siegt vor Gericht

DRESDEN (dpa). Der suspendierte Dresdner Oberbürgermeister Ingolf Roßberg (FDP) hat einen ersten gerichtlichen Erfolg erzielt. Die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Dresden stellte das Verfahren wegen Untreue gegen ihn überraschend ein. Roßberg war 2006 wegen Untreue und Beihilfe zum Bankrott zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten auf Bewährung verurteilt worden und hatte dagegen Revision eingelegt. Der Bundesgerichtshof hatte das Urteil bezüglich der Untreue aufgehoben und an eine andere Kammer des Landgerichts zurückverwiesen.

Die Kammer habe die Akten geprüft und festgestellt, dass eine Verurteilung entweder unwahrscheinlich wäre oder angesichts des Schuldspruchs wegen Beihilfe zum Bankrott nicht mehr ins Gewicht fallen würde, sagte Richter Tom Maciejewski. Aufwand und Nutzen einer neuerlichen Beweisaufnahme stünden in keinem Verhältnis. Roßberg war nach dem Elbe-Hochwasser von 2002 vorgeworfen worden, dass er sich mit der eigenmächtigen Erhöhung des Monats Honorars für seinen Fluthilfekoordinator Rainer Sehm von 2500 auf 9500 Euro schuldig gemacht habe.

IMPRESSUM

STUTTGARTER ZEITUNG

Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart

Redaktion:

Chefredakteur: Joachim Dorfs Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Joachim Worthmann

Chefs v. Dienst: Heinz W. Ruess, Michael Maurer Redaktionelle Koordination: Martin Gerstner, Dr. Stefan Kister, Hilke Lorenz, Matthias Schmidt

Ressortleiter:

Innenpolitik/Politische Nachrichten: Dr. Joachim Worthmann; Außenpolitik: Adrian Zielcke; Dritte Seite: Heinz Beekmans; Südwestdeutsche Zeitung: Thomas Breining; Wirtschaft: Michael Heller; Stadt und Region Stuttgart: Achim Wörner; Thomas Durchdenwald; Kultur: Tim Schleider; Sport: Peter Stolterfoht; Wissenschaft: Dr. Alexander Mäder

Berliner Redaktion: Armin Käfer

Leitende Redakteure:

Thomas Borgmann (Kommunalpolitik), Josef-Otto Freudenreich (Chefredakteur), Holger Gayer (Region), Dr. Stefan Geiger (Politischer Korrespondent), Michael Ohnewald (Reportagen Region), Reiner Ruf (Landespolitik), Dirk Steininger (Art Director), Sibylle Thelen (Wochenendbeilage)

Anzeigen und Sonderthemen:

Stuttgarter Zeitung

Werbevermarktung GmbH & Co. KG Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart

Anzeigenleitung: Armin Gross, Anita Benesch (stv.) Sonderthemen: Heinz Heinemann (Redaktion), Werner Swoboda (Anzeigen)

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 v. 1. 1. 2008.

Druck:

Pressehaus Stuttgart Druck GmbH Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart Wir verwenden Recycling-Papier und sind nach DIN EN ISO 9001:2000 und DIN EN ISO 14001:2005 zertifiziert.

Vertrieb:

ZVS Zeitungsvertrieb Stuttgart GmbH Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart Postfach 10 55 62, 70048 Stuttgart

Monatlicher Bezugspreis frei Haus durch Zusteller oder bei Postzustellung € 24,50 (einschließlich 7 % MwSt.). Portokosten für Reisenachsendungen täglich: Inland € 0,70, Ausland € 1,55. Abbestellungen sind bis zum 5. eines Monats auf Monatsende schriftlich an den Vertrieb zu richten. Bei einer zusammenhängenden Bezugsunterbrechung von drei Wochen wird der anteilige Bezugspreis zurückerstattet. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

Jeder Freitagausgabe – bei Feiertagen abweichend – liegt das Fernsehmagazin „rtv“ bei. Sonntags wird Abonnenten im Hauptverbreitungsgebiet die 7. Ausgabe „Sonntag Aktuell“ zugestellt. Bei Postbeziehung liegt „Sonntag Aktuell“ der Montagsausgabe bei.

Telefon:

Zentrale und Redaktion07 11 / 72 05 - 0 Anzeigen0 18 03 / 07 07 07* Leserservice0 18 01 / 66 55 66* Reisenachsendung0 18 01 / 66 55 66* Probe-Abonnement0 80 00 / 14 14 14

Fax:

Redaktion07 11 / 72 05 - 12 34 Anzeigen0 18 03 / 08 08 08* Leserservice07 11 / 72 05 - 86 65 * (0 18 01: 0,039 €/Min. 0 18 03: 0,09 €/Min.)

E-Mail:

Redaktionredaktion@stz.zgs.de Anzeigenanzeigen@stz.zgs.de Leserservicevertrieb@stz.zgs.de

Online:

www.stuttgarter-zeitung.de www.stuttgarter-zeitung.de/digitalabo www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbucher Die Stuttgarter Zeitung ist amtliches Publikationsorgan der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse.